

Taunus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelkheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz
Eppenhain, Glashütten, Ruppertsheim, Schloßborn

Anzeiger für Ehlhalten,
Falkensteiner Anzeiger

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Nr. 237 - 1917

Verantwortliche Schriftleitung Druck und Verlag:
Ph. Kleinböhl, Königstein im Taunus
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Mittwoch
10
Oktober

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Kriegsanleihen und Volksvermögen.

Seitdem zur Deckung der ungeheuren Kosten des Weltkrieges Milliardenanleihen des Deutschen Reiches in den weitesten Schichten der Bevölkerung untergebracht und dadurch Millionen von Deutschen zu Gläubigern des Reiches geworden sind, wächst naturgemäß auch das Interesse und Verständnis für die Fragen der Finanzwirtschaft des Reichs und seiner finanziellen Kräfte in allen Kreisen. Selbst der wirtschaftliche Laie sieht immer klarer ein, daß eine Schuldverschreibung des Reichs — genau wie etwa der Wechsel auf eine Handelsfirma — in erster Linie ihren inneren Wert empfängt durch die Zahlungsfähigkeit und wirtschaftliche Stärke des Schuldners, ferner natürlich auch durch die Überzeugung von dessen ernstem und festem Zahlungswillen. Die Zahlungswilligkeit des Deutschen Reichs den Bürgern gegenüber, die in der Stunde der Gefahr ihre Mittel dem Vaterlande freiwillig zur Verfügung stellen, ist natürlich über allen Zweifel erhaben; aber auch die wirtschaftliche Stärke und Leistungsfähigkeit des Reichs, die Grundlage, auf der die Sicherheit der Kriegsanleihe-Milliarden letzten Endes beruht, hat während der Jahre des Krieges mehr und mehr zugenommen. Der deutsche Nationalreichtum hat sich nach der Ansicht namhafter Volkswirtschaftler seit dem August 1914 keineswegs vermindert, sondern sogar beträchtlich vermehrt.

Dah wir an einer ganzen Menge von Rohstoffen ärmer geworden sind, weil die Ergänzung und Zufuhr aus dem Ausland fehlt, ist eine sich jedermann aufdrängende Erscheinung, die aber für die Frage nach der Höhe des Volksvermögens nur von ziemlich untergeordneter Bedeutung ist, und in der gesamten Volkswirtschaft macht dieser Posten nur eine recht bescheidene Summe aus. Viel mehr fällt ins Gewicht, daß die in Industrie und Landwirtschaft, den beiden Hauptzweigen unseres Wirtschaftslebens, angelegten Werte sich in der Kriegszeit außerordentlich vermehrt haben. Es gibt in Deutschland kaum ein industrielles Werk, das nicht wesentliche Vergrößerungen im Laufe des Krieges vorzunehmen hätte, dessen Grundbesitz, Bauleisten und Maschinen nicht einen bedeutend gegen früher gestiegenen Wert darstellen. Diese Vergrößerungen stellen aber keineswegs ein neues Kapital dar. Mag auch heute in allen Werkstätten fast ausschließlich Kriegsmaterial hergestellt werden, das insofern keinen dauernden Wert besitzt, als es — in der Form von Granaten, Pulver usw. — wieder zur eigenen Vernichtung bestimmt ist, so bleiben doch andererseits die Anlagen selbst, in denen diese Gegenstände erzeugt werden, dauernd bestehen. Sie fallen nicht nur nicht der Vernichtung anheim, sondern können am ersten Tage des Friedens bereits auf die Herstellung von Friedenserzeugnissen umgestellt werden, und mit weit vergrößerten Industrieanlagen, mit einer bedeutend gesteigerten Erzeugungsmöglichkeit wird Deutschland in die Friedenszeit eintreten.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Landwirtschaft, wo große Strecken Landes, die früher unbebaut geblieben waren, der landwirtschaftlichen Pflanzung erschlossen und nutzbar gemacht worden sind, und auf denen — besonders wenn es später nicht mehr an menschlichen und tierischen Arbeitskräften fehlen wird — weit höhere Erträge gewonnen werden können, als es vor dem Kriege der Fall war.

Eine Gesamtbilanz des deutschen Volksvermögens würde also, wenn sie heute gewissenhaft aufgestellt würde, aller Wahrscheinlichkeit nach, ungeachtet aller Verlustposten, eine recht erhebliche Wertzunahme gegen eine solche von Ende Juli 1914 ergeben; denn das wichtigste, was wir überhaupt besitzen, unsere Produktionsmittel, haben sich bedeutend vermehrt und sind auch gegenwärtig noch in ständiger Zunahme begriffen. In ähnlicher Weise aber, wie bei einem kaufmännischen Unternehmen die Vermögensbilanz der entscheidende Punkt in allen Fragen der Kreditwürdigkeit ist, ist dies auch von einem kreditbegehrenden Staate. Dem Vaterlande würde zwar, auch wenn es sich in wirtschaftlicher Not befände, kein Patriot seine geldliche Hilfe verweigern. Aber nicht ein in militärischer und wirtschaftlicher Bedrängnis befindliches, sondern ein militärisch siegreiches, wirtschaftlich starkes und während des Krieges an Volksvermögen noch gewachsenes Vaterland ruft heute seine Bürger zur Anleihezeichnung. Kann irgend ein Wertpapier eine größere Sicherheit bieten, als die deutsche Kriegsanleihe, die vermag, für welche das ganze gewaltige Volksvermögen

Deutschlands, die gesamte Produktionskraft seiner hochentwickelten Industrie und Landwirtschaft, die ganze wirtschaftliche und steuerliche Leistungsfähigkeit seiner Bewohner Bürgerschaft leisten?

Die Debatte im Reichstag.

Die Regierung und die alldeutsche Propaganda.
Der Reichskanzler gegen die Phrase vom Hungerfrieden. — Ablehnung des Mißtrauensvotums. — Kühlmann über auswärtige Politik, Belgien und Elsaß-Lothringen.

Berlin, 9. Okt. Was gestern im großen Ausschuss des Reichstags begonnen hat, die Beseitigung der Mißstimmungen und der Mißverständnisse, die durch das Auftreten des Kriegsministers und des Staatssekretärs Dr. Helfferich in der Samstagsitzung entstanden waren, das ist in einer großen Sitzung des Reichstags heute, die schon um 10 Uhr früh begann, vollendet worden.

Es ist gestern im großen Ausschuss und heute im Plenum vom Reichskanzler Dr. Michaelis in einer längeren Rede glaubwürdig dargelegt worden, daß die Aufklärungsarbeit im Geiste der Zweckpolitik Beeinflussung nicht haben sollte. Wo solche Beeinflussungen vorgekommen sind, werden sie rückgängig und sollen abgestellt werden, wo sie zur Kenntnis der oberen Stelle gelangen. Und für die Agitation der Beamten in der Heimat gilt das Gleiche. Und dann hat sich der Reichskanzler zu dem Hauptstück bekannt, um das der Kampf in Verhandlungen und in neu gegründeten Parteien und im Reichstage und in der Presse so lange geht, zu dem Verständigungsfrieden, der in der Erklärung der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli enthalten ist. Er hat ihn gegen den Vorwurf, daß er ein Hunger- und Verzweiflungsfrieden sei, in Schutz genommen, er hat ihn erklärt und verteidigt in Worten und Gedankengängen, die den Beifall der großen Mehrheit fanden.

Der alldeutsche Kampf gegen diese Friedensresolution der Mehrheit und gegen deren auf diese Resolution aufgebaute Friedenspolitik, wie sie in der Antwort auf die Papstnote zum Ausdruck gekommen ist. Zu ihr bekann sich der Reichskanzler, wie sich die große Mehrheit des Reichstags noch wie vor zu ihr bekann.

Auch in den großen Reden, die heute namentlich von David und Naumann gehalten wurden, war das der Kernpunkt.

Der Abgeordnete Dittmann (unabh. Soziald.) erklärte, daß man keine Partei auch des Landesverrates zeige, und erwähnte, daß bei der Marine mehrere Todesurteile verhängt und lange Zuchthausstrafen ausgesprochen worden seien. Mit ruhiger Offenheit erklärte sofort der Staatssekretär Admiral von Capelle, daß einigen wenigen Leuten an Bord der Flotte die russische Revolution die Köpfe verdreht, und daß sie Vertrauensmänner auf jedem Schiffe wählen und zur Gehorhamsverweigerung schreiten wollten. Diese Leute hätten tatsächlich mit der unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Beziehungen gestanden, und mit den Abgeordneten Dittmann, Haase und Vogtherr über ihre Pläne verhandelt. Die Schuldigen seien bestraft worden; die Schlagfertigkeit der Flotte war nicht einem Augenblick in Frage gestellt. Durch umlaufende Gerüchte sei der Vorgang maßlos übertrieben worden. Während dieser Rede kam es zu stürmischen Szenen. Die Unabhängigen protestierten gegen diese Beschuldigungen, andere Parteien riefen Psiu, und die genannten drei Abgeordneten kamen nacheinander zu Worte. Die beiden letzten erklärten, daß sie zwar mit einem Matrosen, der später verurteilt worden ist, und Herr Dittmann, daß er mit vielen Matrosen und Soldaten Unterredungen gehabt habe im Reichstage und im Fraktionszimmer der unabhängigen Sozialisten, daß sie aber die Leute, die Aufklärungsmaterial verlangten hatten, gewarnt und auch von ihren eigentlichen Plänen nichts gewußt hätten.

Der Reichskanzler, der scharfe Worte gegen die unabhängigen Sozialisten hatte einfließen lassen, stellte später fest, daß bei den verurteilten Marineleuten Zettel gefunden worden seien, auf denen sie sich verpflichten, die Grundzüge der unabhängigen sozialdemokratischen Partei anzuerkennen, und daß damit auf deutschen Kriegsschiffen Agitation getrieben worden sei. Eine Partei aber, deren Befehlen mit dem Bestehen des Reichs und Preußens nicht verträglich sei, wie die unabhängige Sozialdemokratie, die stehe zwar nicht

außerhalb des Rechts, aber sie könne nicht verlangen, daß Beamte für sie eintreten dürften. Die Debatte darüber hat sich lange hingezogen, und von mehreren Rednern kam der Gedanke zum Ausdruck, daß, wenn die genannten Abgeordneten Vaterlandsverrat gefördert hätten, der Reichsanwalt gegen sie einschreiten würde und müsse. Auch dürfte man nicht die ganze Partei für die Handlungen einzelner verantwortlich machen.

Das von der unabhängigen Sozialdemokratie beantragte Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler wurde gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien abgelehnt.

Dann wandte man sich den Fragen der auswärtigen Politik zu. Auch in dieser Debatte ging zunächst der Abg. Lehrenbach auf die Friedenspolitik der Reichstagsmehrheit ein. Das Ziel der Politik sei die Sicherung der Unversehrtheit des Deutschen Reichs. Sie werde von Erfolg gekrönt werden, wenn sie getragen sei von Klarheit und Ehrlichkeit. Sie müsse geführt werden in Gemeinschaft mit dem deutschen Volk.

Der Staatssekretär von Kühlmann erwähnte zunächst, daß wir unmittelbar vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Peru stehen und Uruguay die Beziehungen abgebrochen hat. Diesen unerfreulichen Begebenheiten stehe der nicht mehr fragliche Abschluß des deutsch-holländischen Abkommens gegenüber. Auf dem Wege zum Frieden sei das Haupthindernis nicht mehr Belgien, denn über das könne man sich verständigen, sondern Elsaß-Lothringen, für das England an der Seite Frankreichs zu kämpfen sich diplomatisch verpflichtet habe. Er glaube nicht, daß es zur Verlängerung des Krieges beitragen könne, wenn er hier in Uebereinstimmung mit dem einheitlichen Willen des deutschen Volkes und des Deutschen Reichstages erkläre: Wenn Frankreich die Frage aufwerfe, ob deutsche Konzessionen in Bezug auf Elsaß-Lothringen in Betracht kommen könnten, so antworte er: Nein, niemals! (Stürmischer Beifall im ganzen Hause.) Auch der Staatssekretär erklärte, daß wir nicht um phantastischer Eroberungen willen kämpfen, sondern um die Unversehrtheit des deutschen Besitzstandes. Dem Vorwurf, daß wir unsere politischen Kriegsziele nicht fundieren, begegnete der Staatssekretär mit der Bemerkung, daß jeder, der guten Willens sei, sie aus unserer Antwort auf die Friedensnote des Papstes erkennen müsse. In Uebereinstimmung mit dem Zentrumsredner hob er unter starkem Beifall des Hauses hervor, daß unsere auswärtige Politik nur erfolgreich sein werde, wenn sie getragen sei von der Zustimmung der breiten Masse des deutschen Volkes.

Die Debatte wurde dann nach weiteren Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Gradnauer auf morgen vormittag vertagt.

Wiener Generalstabsbericht vom 9. Okt.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei Ras auf der Hochfläche von Bainsizza-Heiligegeist wurde gestern früh ein italienischer Angriff unter starken Feindverlusten abgeschlagen. 120 Gefangene und 7 Maschinengewehre blieben in unserer Hand. Bei Kostanjewica brachte ein erfolgreiches Unternehmen 100 Gefangene ein.

Albanien.

Östlich von Balona wurde ein italienischer Uebergangsversuch über die Bojsa vereitelt.

Der Chef des Generalstabs.

Das entwundene „U 93“.

Madrid, 9. Okt. Meldung der Agence Havas. Das entwundene deutsche Unterseeboot hatte keine Munition, da die Torpedos, Bomben und Granaten nach der Internierung in dem Arsenal abgegeben wurden.

Ehre und Pflicht

muß es für jeden Deutschen sein, sein Geld dem deutschen Staate zu leihen. Die große schwere Zeit stellt ernste Anforderungen an einen jeden. Und nur wenn jeder einzelne tapfer seine Pflicht tut, wenn deutsche Soldaten wie bisher standhaft dem Feinde Trost bieten, wenn auch die Heimat mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln kämpft, dann dürfen wir auf einen baldigen Frieden hoffen.

Auch Ecuador?

Haag, 9. Okt. (Priv.-Tel. d. Ztg. Ztg.) Reuter meldet aus Washington. Der Gesandte von Ecuador teilt mit, daß Ecuador beschloffen hat, den deutschen Gesandten in Peru offiziell nicht zu empfangen, wenn er sich nach Ecuador begeben. In dazwischen diplomatischen Kreisen sieht man in diesem Vorgehen Ecuadors den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland.

Die inneren Wirren in Rußland.

das fortwährende innerliche Aufstreben, diese gärende Unzufriedenheit des Volkes mit der Regierung, das Versagen der Offensiven, ja die Meutereien bei den Truppen, das alles sind hauptsächlich die Folgen einer zerrütteten Finanzwirtschaft. Ein warnendes Beispiel bietet dieser trostlose Zustand, diese entsetzliche Zerrissenheit. Und immer aufs neue müssen wir Deutschen daraus die Lehre ziehen, einig zu handeln und unser blühendes sicheres Land nicht zum Schauplatz des Entsetzens zu machen. Einig und treu müssen wir mit unserem Heere zu unserem Staate stehen und seine Forderungen erfüllen. Auch wir müssen jetzt wieder daran denken, unsere Finanzen zu heben, damit unser Heer zum Winter gut ausgerüstet ist. Die 7. Kriegsanleihe fordert von jedem deutschen Bürger, daß er nicht verärgert, der Reichsbank sein Geld zur Anlage in Kriegsanleihepapieren zu überweisen.

Zum Handel mit Schweinen und Verbrauch von Schweinefleisch

erläßt das Kriegsernährungsamt eine neue Verordnung, die die Regelung dieses Gegenstandes im Anschluß an die Verordnungen vom 21. August 1916 und 2. Mai 1917 abschließt. Entsprechend wird der nunmehr geltende Wortlaut der maßgebenden Verordnung vom 21. August 1916 in der ergänzten Fassung neu bekannt gemacht werden. Die Neuerungen bringen zunächst die Übertragung des Handels mit Schweinen von 25 kg Lebendgewicht an auf die Viehhandelsverbände. Läuferische Schweine zu Zucht- und Nutzzwecken einschließlich der Selbstversorgung können in Zukunft nur noch an diese abgesetzt und von diesen erworben werden. Ausnahmen für Hochzuchten regeln die Landesbehörden, die übrigens auch den Handel mit Ferkeln zwangsweise regeln dürfen. Diese Maßnahme soll den wilden Handel mit Schweinen und das heimliche Abschachten hindern. Ferner wird eine Zwangsabgabe von Speck aus allen Hauschlachtungen eingeführt, die sich auf der bisherigen Hindenburgspende aufbaut und im einzelnen landesrechtlich geordnet wird. Die abgabepflichtige Menge wird dem Selbstversorger nicht auf seinen Verbrauch angerechnet. Auf diesem Wege soll im Winter die Fettversorgung der Städte, einschließlich deren Schwerstarbeiterversorgung, Wurstbereitung und Massenküchenbetrieb eine wertvolle Unterstützung erfahren. Die Landesstellen bestimmen, ob der Speck geräuchert abzugeben ist oder ob andere Teile abzuliefern sind. Schließlich erleidet die Anrechnung des Fleisches von Kälbern und Schweinen bei Hauschlachtungen gewisse Änderungen. Wer Kälber vor Erreichung eines Alters von drei Wochen hauschlachtet, spart der Allgemeinheit Vollmilch für die Milchversorgung; deshalb werden solche Kälber mit 500 g Wochenlepfmenge auf den Selbstversorgerverbrauch angerechnet. Die Schweine können, da Gerste nicht verfüttert werden darf, nicht auf schwere Gewichte gebracht werden; ihre frühere Abschachtung trotz geringen Gewichts ergibt aber stark wasserhaltiges Fleisch und viel Knochen. Deshalb werden leichte Schweine unter 50 kg Schlachtgewicht mit 700 g, mit 50—60 kg Schlachtgewicht mit 600 g, alle übrigen ohne Unterschied mit 500 g auf den Wochenkopfverbrauch angerechnet werden.

Diese Verordnung tritt am 15. Oktober in Kraft.

Nicht zuviel, nein noch lange nicht genug

ist für die Kriegsanleihe getan und geschrieben worden. Dem noch immer sind viele Leute nicht instande, sich Rechenschaft darüber zu geben, ob sie denn auch wirklich ihre vaterländische Pflicht erfüllt haben in dem Maße, als es ihnen tatsächlich möglich wäre. Man frage einmal gerade diejenigen, die jetzt sich darüber ereifern, daß man von nichts anderem mehr in den Zeitungen lese, als von Kriegsanleihe, ob sie selbst schon während der ganzen Kriegszeit immer ihre Kräfte und Mittel in den Dienst des Vaterlandes gestellt haben. Man wird da wohl manchem große Verlegenheit bereiten. Darum ist die ständige Ermahnung und Anfeuerung keineswegs unangebracht. Im Gegenteil, die unberufenen Kritiker sollten sich durch die Hinweise und wiederholten Aufforderungen in den deutschen Zeitungen endlich in ihrem Gewissen veranlaßt fühlen, nun endlich ihre Pflicht zu tun und Kriegsanleihe zu zeichnen und zwar soviel wie ihren tatsächlichen Mitteln entspricht.

Lokalnachrichten.

Der Kaiser und die 7. Kriegsanleihe. Unter den Depeschen, die der Kaiser bei seiner Heimkehr von den Schlachtfeldern in Gallizien und der Bukowina auf deutschem Boden abhandelte, befand sich auch ein Bericht, der die bisher vorliegenden Zeichnungsergebnisse zur neuen Kriegsanleihe betrifft. Der Kaiser gab seiner Freude und Anerkennung über die neue wirtschaftliche Kraftprobe der Heimat lebhaften Ausdruck. Er sagte: „Das Endergebnis dieser Kriegsanleihen wird ein Teil der Antwort sein, die das deutsche Volk dem Präsidenten Wilson gibt. Die Männer im Felde, im Osten und im Westen haben ihre Antwort gegeben. Die Eroberung von Riga und das siegreiche Bestehen in Flandern sind Taten, die schwerer als Worte wiegen. Die Heimat wird ihre Antwort geben, indem sie alle Mittel heranzieht, um Kriegsanleihe zu zeichnen, um so nach ihren Kräften zum Endsiege beizutragen. Jeder Deutsche hat die Ehrenpflicht,

an dieser Stärkung unserer Gesamtheit mitzuwirken. Das Wort: „Ich habe wiederum Kriegsanleihe gezeichnet.“ klingt so gut, wie das Wort: „Ich habe mich dem Vaterlande, das mich braucht, wiederum rüchhaltig zur Verfügung gestellt.“ Auch ich habe natürlich nach besten Kräften gezeichnet.“

Drei Jahre lang hat sich das deutsche Volk herumgeschlagen, in nie dagewesenem Heldennutze mit einer Welt von Feinden, drei Jahre lang halten unsere tapferen Truppen den Feind fern von den heimatischen Fluren, drei Jahre schon kämpfen unsere Braven um Sein oder Nichtsein von Deutschland. Das vierte Kriegsjahr hat begonnen und zum Weiterführen des Krieges gehört Geld und abermals Geld. Wir stehen vor der Entscheidung auf Leben oder Tod, was das heißt, überlege sich jeder. Der Friedensruf des Papstes wird schändlich abgewiesen, da gibt es auch für uns keine andere Lösung, wie weiter Krieg zu führen und durchhalten zu helfen. Gewiß, gar viele werden sagen, ich habe Kriegsteuer zahlen müssen, deshalb strafe ich das Vaterland durch Nichtzeichnen, ist das ein Grund, kann das Vaterland etwas dafür, wenn es Kriegsteuer haben muß? Seid ihr dem Vaterlande nicht mehr Dank schuldig, daß es die feindlichen Horden von euren Feldern und Fluren abgehalten hat? Was würdet ihr sagen, wenn es anders gekommen wäre? Geht in die besetzten Gebiete und seht euch dort das verwüstete Land an, dann verstummt jede Klage. Wollt ihr wieder haben, daß englische Ware die deutsche Ware vom Markte vertreibt, wollt ihr haben, daß wieder Hunderttausende von Deutschen jährlich nach Amerika wandern müssen, weil in Deutschland nicht genug Arbeitsgelegenheit und Verdienst vorhanden ist, wollt ihr haben, daß das Blut unserer tapferen Söhne umsonst geflossen ist nur zum Schutze für euch? Nein und wiederum nein! Deutscher Bauer, deutscher Arbeiter, die ihr in diesem Jahre so große Verdienste erzielt habt, helft auch ihr zur glücklichen Vollendung der 7. Kriegsanleihe beitragen und zeichnet, was in euren Kräften steht.

Deutschland muß leben!

Unsre Feinde wollen den Frieden nicht. Darum bleibt uns keine Wahl. Wir müssen weiter aushalten, weiter durchhalten. Keiner darf jetzt müde, keiner mürbe werden, keiner auf halbem Wege stehenbleiben. Jetzt heißt es:

„D u r c h!“

Draußen mit den Waffen, drinnen mit dem Gelde, die Jungen mit ihren Leibern, die Alten, die Frauen, die Kinder mit Hab und Gut. Alles für alle! So bereiten, so erwarten, so verdienen wir den Sieg.

Darum zeichne!

Geht nur von dem Gedanken aus, wir Deutsche wollen siegen, wir müssen siegen und werden siegen, wenn jeder seine Pflicht und Schuldigkeit tut, laßt schwinden und vergehen jede Mahnungen und Geheße, welche nur insolge des Krieges uns bisher schwer bedrückt haben und vielleicht noch werden. Verfolgen wir alle das eine schöne Ziel: Ein siegreiches Deutschland wird uns und unseren Kindern einen baldigen dauerhaften Frieden bringen!

Mit dem 10. Oktober 1917 ist eine Bekanntmachung in Kraft getreten durch welche unter Aufhebung der bisher angeordneten Einzelbeschlagnahmen alle Weiden und Weidenstücke (auf dem Stock und geschnitten), Weidenschienen und Weidenrinden beschlagnahmt werden. Bis zum 25. Oktober 1917 ist die Verarbeitung der beschlagnahmten Gegenstände erlaubt; nach diesem Tage nur auf Grund einer amtlichen Verarbeitungserlaubnis. Ausnahmen von den Anordnungen dieser Bekanntmachung sind für bestimmte Mindestmengen vorgesehen. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist im Kreisblatt einzusehen.

Keine amtlichen Lehrerkonferenzen. Da z. Zt. keine Mittel zur Verfügung stehen, sollen im laufenden Jahre die amtlichen Lehrerkonferenzen aus. Dagegen sollen Versammlungen in kleineren Gruppen zwecks Anregungen und Aussprachen stattfinden, die keine weiteren Kosten verursachen.

Kriegerfrauen können nicht ernannt werden. Das Kammergericht hat offen Unklarheiten in der Frage der Räumungsklagen gegen Kriegerfrauen nun ein Ende gemacht. Die Frau eines Kriegsteilnehmers hatte während des Krieges eine Wohnung gemietet, den Mietvertrag allein unterzeichnet, aber keine Miete gezahlt. Es war gegen sie ein Räumungsurteil ergangen. Der Mann widersprach der

Vollstreckung. Das Kammergericht hat der Beschwerde stattgegeben und erklärt, daß die Vollstreckung eines gegen die Frau eines Kriegsteilnehmers ergangenen Räumungsurteils nicht zulässig sei, wenn nicht auch der Mann zur Räumung verurteilt worden sei. Dem der Mann sei als Hausbesitzvorstand Inhaber der von ihm gemieteten Wohnung. Die Frau sei in seiner Abwesenheit lediglich als Besichtigungsin im Sinne des § 855 B. G. B. anzusehen.

Die Kaiserin und die Landwirtschaft. Am Montag vormittag unternahm die Kaiserin im Kraftwagen von Homburg aus eine Fahrt durch die Umgebung und besuchte dabei auch das Dorf Niederhöchstadt und die heilige Gemeinde Ober-Erlenbach. In beiden Ortschaften stattete sie verschiedenen Bauernhöfen längere Besuche ab und erlaubte sich eingehend nach den verschiedenen landwirtschaftlichen Verhältnissen. Mit den Dorfbewohnern unterhielt sich die hohe Frau in herzlichster Weise. (Höchst. Anst.)

Zwei Patenfinder des Kaisers in einer Familie. Der seltene Fall, daß der Kaiser zweimal Pate in einer Familie ist, hat sich in Felshammer, Kreis Waldburg (Schlesien), in der Familie des Berghäusers Schmidt ereignet. Der Kaiser hatte dort bereits bei dem siebten Sohn die Patenschaft übernommen und ließ sich auch bei dem jetzt geborenen achten Sohn als Pate eintragen. Er überwies ein Patengeschenk von 60 Mark.

Selben daheim. Die in dem Kriegsblindenheim der Frau von Ihne in Berlin untergebrachten 152 Kriegsblinden haben aus dem Erlös ihrer Blinden-Arbeiten für 1200 Mark Kriegsanleihe gezeichnet. Dieses Beispiel der Ärmsten unserer Söhne wird das Gewissen aller jener aufrütteln, die bisher ihrer Pflicht daheim nicht nachgekommen sind.

Verkehrsänderungen. Noch im Laufe dieser Woche werden die Beschlüsse der verschiedenen deutschen Eisenbahnverwaltungen, die den Verkehr eindämmen sollen, veröffentlicht werden. Sie betreffen in erster Linie die Erhebung eines Zuschlags auf den Verkehr mit den Schnellzügen. Im Winterfahrplan werden auch ganze Züge oder Verbindungen fortfallen. Ausdrücklich wird noch betont, daß der Personenverkehr von den Zuschlägen befreit bleiben wird.

Herrenwäsche noch knapper. Nach einer Bielefelder Meldung in der Westfälischen Zeitung werden alle Wäschefabriken, die Luxuswaren, besonders Herrenwäsche, herstellen, demnächst stillgelegt.

Hopfen als Tabak. Wie dem deutschen Hopfenbauverein in Nürnberg mitgeteilt wird, findet neuerdings am Hopfen in großem Umfang Verwendung als Tabakersatz. Der Hopfen wird zermahlen und durch chemische Zusatz zu einem annehmbaren Rauchmaterial verarbeitet. Bisher sind 20 000 Zentner alter Hopfen, der jetzt bei der Einbrauerei nicht mehr verwendet wird, zu diesem Zwecke angekauft worden.

Eronberg, 8. Okt. Eine geheime Schlachtung wurde in der Nacht von Freitag auf Samstag in der Scheune des früheren Hofgutes Schachhof ausgeführt. Abgeschlachtet wurden 1 Ochse, 2 Rinder und 2 Schweine. Die Eronberger Polizei, welche jedenfalls Kenntnis davon hatte, nahm die Täter bei ihrer Arbeit fest. Wo die abgeschlachteten Tiere herkommen, ist noch nicht näher bekannt. Das Fleisch, das für bessere Herrschaften bestimmt war, wurde von der Stadt Eronberg in Gewahrsam genommen.

Eronberg, 9. Okt. Herr Präparanden-Lehrer Jakob Aukler wurde mit 1. Oktober d. Js. zum Seminarlehrer am königl. Lehrerseminar in Ufingen ernannt.

Die Lebensmittelfürsorge für den Winter

liegt jedermann sehr am Herzen. Die gute rationelle Einteilung hat bisher die Hoffnung der Feinde, Deutschland auszuhungern, zunichte gemacht. Deutschland ist nicht unterzulegen, weder in wirtschaftlicher noch in politischer oder gar in militärischer Hinsicht. Es ist eine zu starke Einheit, es ist eins der wenigen Länder, in denen Volk und Heer eine innige Gemeinschaft bilden. Eins ergänzt das andere, eins sorgt für das andere. Das Heer erhält dem Volk die Heimat, und das Volk verschafft dem Heere die Mittel dazu. Beide arbeiten vereint auf den siegreichen Frieden hin. Wieder gilt es die treue Kameradschaft, den Willen zum Frieden zu beweisen. Die 7. Kriegsanleihe steht vor der Tür. Sie muß gelingen, denn davon hängt ein baldiger, glorreicher Frieden ab. Und zu dem muß jeder Deutsche beitragen.

Von nah und fern.

Homburg v. d. H., 8. Okt. Im Stadtteil Airdorf feierte Schwester Rosa von der Schwesternniederlassung ihr goldenes Lebensjubiläum und zugleich das 40jährige Jubiläum ihrer Wirksamkeit in Airdorf. Der hochangesehene Jubiläar wurden von der Stadt, der katholischen Kirchengemeinde und vielen anderen Gemeindegliedern bei der Jubiläumstafel reiche Ehrungen zuteil.

Höchst, 9. Okt. Im Wartesaal des hiesigen Bahnhofs ereignete sich am Montag nachmittag der Fährwerksbeamte Bremm Wiesbaden einen Schlaganfall, dem er nach wenigen Augenblicken erlag.

Frankfurt, 8. Okt. Bei einem nächtlichen Einbruch in ein Uhrengeschäft der Egenloffstraße erbeuteten die Diebe 6500 Mark Uhren und Schmuckstücke. Als Täter wurden heute früh ermittelt und verhaftet der 24jährige Elektrikteur Georg Rumpf aus Erbenheim, der 25jährige Wäuser und der 24jährige Fritz Henk aus Frankfurt. Der größten Teil des Diebstahls hatten die Eindrehler bei einem Trödel in Mainz veräußert.

Frankfurt, 8. Okt. Die „Kleine Presse“ berichtet: Gestern morgen kurz nach 9 Uhr ereignete sich in dem Hause Schade u. Füllgrabe in der Braubachstraße eine Gasexplosion. Durch den gewaltigen Luftdruck wurden die schweren Fensterscheiben der nebenanliegenden Geschäfte auf die Straße geschleudert. In dem Augenblick der Explosion

Betr. Verfütterung von Hafer.

Der Magistrat: Jacobs.

Die Polizeiverwaltung: Jacobs.

Für die Feststellung des Schlachtgewichts sind die Vorschriften der Bezirksfleischstelle maßgebend. Verlustprocente für Eintrocknen dürfen nicht gewährt werden. Zulässig sind nur ein Mairngewichtsverlust, der bei Rindern, sofern die Feststellung des Schlachtgewichts

Stellv. Generalkommando 18. Armeekorps.

Königl. Domänen-Rentamt.

Königstein im Taunus, den 9. Oktober 1917.

Der Bürgermeister. Bremer.

Leute im Felde sind herzlich dank-
bar dafür. Ein Versuch überzeugt.